



<https://www.jungewelt.de/2015/08-24/009.php>

Ausgabe 24.08.2015 Seite 2 / Inland

»Besseren Schutz bietet nur mehr Transparenz«

Der Bayer-Konzern und die Universität Köln können weiter im Geheimen Forschung betreiben. Ein Gespräch mit Philipp Mimkes

Interview: Ralf Wurzbacher



»Wer entscheidet darüber, was publiziert wird? Wird auch in ökonomisch unrentablen Bereichen geforscht, etwa an Krankheiten, unter denen nur wenige Menschen leiden? Das sind politische Fragen, die die Öffentlichkeit diskutieren muss.« – Philipp Mimkes Foto: Bayer Healthcare Ag/dpa-Bildfunk

Philipp Mimkes ist Geschäftsführer und Vorstandsmitglied beim industriekritischen Bündnis »Coordination gegen Bayer-Gefahren« (CBGnetwork.de)

Die Universität Köln und der Chemieriese Bayer können ihre seit 2008 laufende Kooperation bei Krebsforschung, Neurologie und Kardiologie weiter im Geheimen fortführen. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat am Dienstag Ihre Klage auf Einsicht in die entsprechende Rahmenvereinbarung abgewiesen. Geben Sie sich jetzt geschlagen?

Ob und wie es juristisch weitergeht, kann ich noch nicht sagen. Eine Revision wurde vom Gericht nicht zugelassen, wobei sich auch das anfechten ließe. Zunächst müssen wir die schriftliche

Urteilsbegründung abwarten und genau prüfen. Wichtiger ist aber die politische Frage: Will die Gesellschaft hinnehmen, dass Kooperationen zwischen Hochschulen und Industrie weiter im Dunkeln stattfinden? Wenn nicht, dann brauchen wir bessere Gesetze. Und dafür machen wir uns auf alle Fälle weiter stark.

Ein Sieg vor Gericht, mitunter sogar in Karlsruhe, würde aber weiterhelfen?

Sicher. Aber auch mit öffentlichem Druck lassen sich Politiker zur Einsicht bringen. In diesem Fall muss es darum gehen, dass das sogenannte Informationsfreiheitsgesetz nicht länger aus den Universitäten ausgesperrt bleibt. Natürlich hat das fragliche NRW-Gesetz, wie auch seine Pendanten auf Bundes- und Länderebene, große Fortschritte gebracht. Noch in den 90er Jahren durfte niemand wissen, welche Emissionen Chemiewerke in Luft und Wasser ausstoßen, weil das bis dahin als Betriebsgeheimnis galt. Das Problem ist, dass der Hochschulbereich bei den Neuregelungen komplett außen vor geblieben ist. Begründet wurde das seinerzeit vor allem mit der Gefahr der Einflussnahme staatlicher Stellen. Heute gehen die Risiken für die Freiheit von Forschung und Wissenschaft aber viel stärker von der Industrie aus. Und besseren Schutz kann nur mehr Transparenz bieten.

Das heißt, die Gesetze wurden unter Voraussetzungen gemacht, die heute überholt sind?

Richtig. Vor 15 Jahren, als diese Gesetze initiiert wurden, gab es diese weitreichenden und massenhaften Kooperationen zwischen Hochschulen und Industrie noch nicht. Diese Verbindungen komplett im Dunkeln zu belassen, entspricht ganz bestimmt nicht dem Sinn und Geist eines Informationsfreiheitsgesetzes.

Gleichwohl hat das OVG die Beschränkung für die Hochschulen bestätigt.

Die Richter hatten tatsächlich nur ein enges Entscheidungskorsett, weil es diese Sonderstellung der Hochschulen nun einmal gibt. Gleichwohl haben sie sich nicht einmal die Mühe gemacht, die fragliche Vereinbarung überhaupt einzusehen, obwohl diese nur 30 Seiten umfasst. Einblick hatte bislang einzig der NRW-Beauftragte für Informationsfreiheit. Und der kam zu dem Schluss, dass das Abkommen überwiegend organisatorische Fragen klärt, was eine Offenlegung rechtfertigen würde.

Betriebsgeheimnisse würden also gar nicht berührt?

Um es klar zu machen: Die eigentliche Forschung soll ruhig geheim bleiben. Wir wollen gar nicht wissen, welches Labor konkret an welcher Substanz arbeitet oder welcher Mitarbeiter über wieviel Budget verfügt. Uns interessiert Übergeordnetes: Wer entscheidet darüber, was publiziert wird? Die Uni oder Bayer? Was passiert mit den Patenten? Wer wählt künftige Forschungsbereiche aus? Wird auch in ökonomisch unrentablen Bereichen geforscht, etwa an Krankheiten, unter denen nur wenige Menschen leiden? Das sind politische Fragen, die die Öffentlichkeit diskutieren muss.

Umso mehr, weil hier unter staatlichem Dach und mit Steuergeldern geforscht wird?

Genau. Die Pharmaforschung hat eine gewaltige gesellschaftliche Relevanz. Die Mehrzahl der Innovationen stammt aus staatlichen Forschungsinstituten oder von Universitäten. Häufig verzichten diese auf eine Patentierung, wenn es der öffentlichen Gesundheitsversorgung dient. Ist so etwas künftig überhaupt noch denkbar, wenn die Konzerne mit ihrem Geld und Einfluss in die Geschicke der Hochschulen eingreifen? Von der Uni Köln heißt es, sie würde an den Forschungsergebnissen beteiligt nach den Vorgaben des Arbeitnehmererfindungsgesetzes. Sind wir also schon so weit, dass sich die Kölner Uni als Angestellter eines Chemiekonzerns versteht?